

## **Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Gemeinde Oberheldrungen**

(Sondernutzungssatzung)

Aufgrund des § 19 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) vom 16.08.1993 (GVBl.S.501) und der §§ 18 und 21 des Thüringer Straßengesetzes vom 07.05.1993 (GVBl.S. 273) und des § 8 des Bundesfernstraßengesetzes i.d.F. vom 08.08.1990 (BGBl.S. 1714) hat der Gemeinderat der Gemeinde Oberheldrungen in seiner Sitzung am 18. September 1995 die folgende **Satzung** über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Gemeinde Oberheldrungen (Sondernutzungssatzung) beschlossen:

### **§ 1**

#### **Geltungsbereich**

- (1) Gegenstand dieser Satzung sind Sondernutzungen an den Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen der Gemeinde Oberheldrungen innerhalb und außerhalb der geschlossenen Ortslage, außerdem an Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen.
- (2) Sonstige Straßen im Sinne von § 3 Abs. 1 Ziff. 4 Thüringer Straßengesetz und Wege, die ausschließlich der Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke dienen (Wirtschaftswege), sind keine öffentlichen Straßen im Sinne dieser Satzung.

### **§ 2**

#### **Erlaubnisbedürftige Sondernutzung**

- (1) Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, bedarf der Gebrauch der in § 1 genannten Straßen, Wege und Plätze über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) der Erlaubnis der Gemeinde Oberheldrungen.
- (2) Sondernutzungen dürfen erst dann ausgeübt werden, wenn dafür eine Erlaubnis erteilt ist.
- (3) Sondernutzungen im Sinne dieser Bestimmungen sind insbesondere:
  1. Ausgrabungen,
  2. Verlegung privater Leitungen,
  3. Aufstellung von Gerüsten, Masten, Bauzäunen, Bauhütten, Bauwagen, Baumaschinen und -geräten, Fahnenstangen,
  4. Lagerung von Materialien aller Art,
  5. Aufstellung von Tischen, Stühlen, Behältnissen, Verkaufsbuden-, ständen-, tischen- und -wagen, Vitrinen, Schaukästen, Warenständer, Warenautomaten, Werbeausstellungen und Werbewagen,
  6. Freitreppen, ausgenommen die in § 5 Abs. 1 Ziff. 10 genannten Fälle,
  7. Licht-, Luft- und Einwurfschächte und ähnliche Öffnungen, soweit sie mehr als 50 cm tief in den Verkehrsraum hineinragen
  8. Werbeanlagen aller Art, z.B. Schilder, Schaukästen, Vitrinen, Plakatsäulen und -tafeln sowie Warenautomaten, die innerhalb einer Höhe von 2,50 m über dem Erdboden und mehr als 30 cm in den öffentlichen Verkehrsraum hineinragen.



- (4) Wird eine Straße in mehrfacher Weise benutzt, so ist jede Benutzungsart erlaubnispflichtig.
- (5) Auf die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis besteht kein Rechtsanspruch.
- (6) Die Übertragung einer Sondernutzungserlaubnis auf einen Dritten ist unzulässig.

### **§ 3**

#### **Erteilung, Widerruf und Erlöschen der Erlaubnis**

- (1) Die Erlaubnis wird auf Zeit oder auf Widerruf erteilt. Sie kann von Bedingungen abhängig gemacht und mit Auflagen verbunden werden.
- (2) Macht die Gemeinde von dem ihr vorbehaltenen Widerrufsrecht Gebrauch, hat der Erlaubnisnehmer gegen die Gemeinde keinen Ersatz- oder Entschädigungsanspruch.
- (3) Die Verpflichtung zur Einholung von Genehmigungen, Erlaubnissen usw., die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind, bleibt unberührt.

### **§ 4**

#### **Verfahren**

- (1) Die Erlaubnis zu einer Sondernutzung ist schriftlich bei der Gemeindeverwaltung zu beantragen.
- (2) Der Antrag soll mindestens enthalten:
  - a) den Namen, die Anschrift und die Unterschrift des Antragstellers,
  - b) Angaben über Ort, örtliche Begrenzung, Größe und Umfang, voraussichtliche Dauer und den zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteil der Sondernutzung, letzteres, soweit dies möglich ist,
  - c) einen Lageplan oder eine Lageskizze mit Maßangaben, wenn dies für die Bearbeitung des Antrages erforderlich erscheint.

Auf Anforderung sind fehlende Angaben zu ergänzen oder unrichtige Angaben oder Anlagen zu berichtigen.

- (3) Die Sondernutzungserlaubnis wird vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen durch schriftlichen Bescheid erteilt. Soweit die Gemeinde nicht Träger der Straßenbaulast ist, darf sie die Erlaubnis nur mit Zustimmung der Straßenbaubehörde erteilen.
- (4) Ändern sich die dem Antrag oder die der Sondernutzungserlaubnis zugrundeliegenden tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse, so hat dies der Antragsteller oder Erlaubnisnehmer unverzüglich der Gemeindeverwaltung mitzuteilen.



## § 5 Erlaubnisfreie Sondernutzungen

(1) Bei Ortsdurchfahrten und bei Gemeindestraßen bedürfen einer Erlaubnis nach dieser Satzung nicht:

1. im Bebauungsplan oder Baugenehmigung vorgeschriebene Überbauungen (z.B. Arkaden, Vordächer) sowie bauaufsichtlich genehmigte Gebäudesockel, Gesimse, Fensterbänke, Balkone, Erker, Sonnenschutzdächer (Markisen), Vordächer,
2. Licht-, Luft-, Einwurf- und sonstige Schächte, die nicht mehr als 50 cm in den Gehweg hineinragen,
3. Werbeanlagen, Hinweisschilder, Hinweiszeichen und Warenautomaten, die an einer an die Straße grenzenden baulichen Anlage angebracht sind und innerhalb einer Höhe von 2,50 m nicht mehr als 5 % der Gehwegbreite einnehmen, jedoch nicht mehr als 30 cm in den Gehweg hineinragen,
4. Werbeanlagen über Gehwegen für zeitlich begrenzte Veranstaltungen (Aus- und Schlußverkäufe, Oster- und Weihnachtsverkäufe und dergl.) an der Stätte der Leistung, sofern sie in einer Höhe von über 2,50 m angebracht sind und einen seitlichen Abstand von mindestens 75 cm zur Fahrbahn haben sowie sonstige Werbeanlagen in der Oster- und Weihnachtszeit (Lichterketten, Girlanden, Masten, Märchenbilder und -figuren) sofern sie den Verkehr auf der Fahrbahn nicht beeinträchtigen,
5. das Aufstellen und Anbringen von Fahnenmasten, Transparenten, Dekorationen, Lautsprecheranlagen, Tribünen, Altären und dergl. aus Anlaß von Volksfesten, Umzügen, Prozessionen und ähnlichen Veranstaltungen, sofern die öffentliche Verkehrsfläche nicht beschädigt wird,
6. Werbeanlagen während eines Wahlkampfes, sofern sie nicht in den Luftraum von Fahrbahnen hineinragen,
7. behördlich genehmigte Straßensammlungen sowie der Verkauf von Losen für behördlich genehmigte Lotterien auf Gehwegen,
8. bauaufsichtlich genehmigte Aufzugsschächte für Waren und Mülltonnen, die auf Anordnung der Gemeinde auf Gehwegen angebracht werden,
9. die Lagerung von Kohle, Holz und Baumaterialien auf den Gehwegen, sofern die Lagerung nicht über 24 Stunden hinausgeht,
10. historische Kellereingänge und Treppenanlagen.

(2) Die vorstehenden erlaubnisfreien Sondernutzungen können ganz oder teilweise eingeschränkt werden, wenn Belange des Verkehrs oder des Straßenbaues dies vorübergehend oder auf Dauer erfordern.

(3) Nach anderen Vorschriften bestehende Erlaubnis- oder Genehmigungspflichten werden durch die vorstehende Regelung nicht berührt.



## **§ 6 Beseitigung von Sondernutzungseinrichtungen**

- (1) Nach ausdrücklichem oder stillschweigendem Verzicht auf die Sondernutzung oder nach Erlöschen der Sondernutzungserlaubnis hat der Erlaubnisnehmer unaufgefordert und unverzüglich den früheren Zustand der Straße wieder herzustellen. Er hat auch für die Reinigung der in Anspruch genommenen Straßenfläche zu sorgen.
- (2) Sondernutzungseinrichtungen sind vom Erlaubnisnehmer oder vom Eigentümer oder Besitzer der Einrichtung unverzüglich zu beseitigen, wenn infolge ihres mangelhaften Zustandes oder ihrer schlechten Beschaffenheit Gefahr für die Teilnehmer am öffentlichen Straßenverkehr besteht oder durch sie das Ortsbild beeinträchtigt wird.

## **§ 7 Sorgfaltspflichten**

- (1) Der Erlaubnisnehmer hat auf Verlangen der Gemeinde oder dem Träger der Straßenbaulast alle Kosten zu ersetzen, die diesem durch die Sondernutzung entstehen.
- (2) Der Erlaubnisnehmer ist verpflichtet, die mit der Sondernutzung verbundenen Anlagen nach den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu erhalten. Er hat sein Verhalten und den Zustand seiner Sachen so einzurichten, daß niemand gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird. Er muß die von ihm erstellten Einrichtungen sowie die ihm überlassene Fläche in ordnungsgemäßem und sauberem Zustand erhalten.
- (3) Der Erlaubnisnehmer hat darauf zu achten, daß ein ungehinderter Zugang zu allen in den Straßenkörper eingebauten Einrichtungen möglich ist. Soweit bei dem Aufstellen, Anbringen und Entfernen von Gegenständen ein Aufgraben der Straße erforderlich wird, muß die Arbeit so vorgenommen werden, daß jeder nachhaltige Schaden am Straßenkörper und an den dort eingebauten Einrichtungen (insbesondere an den Versorgungs- und Entsorgungsleitungen sowie den Wasserabzugsrinnen) und eine Änderung ihrer Lage vermieden wird.

Die Gemeinde ist mindestens fünf Tage vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benachrichtigen. Die Verpflichtung, andere beteiligte Behörden oder Stellen zu unterrichten oder deren Genehmigung einzuholen, bleibt unberührt.

## **§ 8 Schadenshaftung**

- (1) Die Gemeinde haftet dem Erlaubnisnehmer nicht für Schäden, die sich aus dem Zustand der Straßen und der darin eingebauten Leitungen und Einrichtungen für den Erlaubnisnehmer und die von ihm erstellten Anlagen ergeben. Mit der Einräumung der Sondernutzung übernimmt die Gemeinde keinerlei Haftung, insbesondere auch nicht für die Sicherheit der von den Benutzern eingebrachten Sachen.





(2) Der Erlaubnisnehmer haftet der Gemeinde für alle von ihm, seinen Bediensteten oder mit der Verrichtung von ihm beauftragten Personen verursachten Schäden durch Unbefugte, ordnungswidrige oder nicht rechtzeitig gemeldete Arbeiten. Ihn trifft die Haftung der Gemeinde gegenüber für alle Schäden, die sich aus der Vernachlässigung seiner Pflichten zur Beaufsichtigung der von ihm beauftragten Personen ergeben. Er hat die Gemeinde von allen Ansprüchen freizustellen, die von dritter Seite aus der Art der Benutzung gegen die Gemeinde erhoben werden.

(3) Die Gemeinde kann verlangen, daß der Erlaubnisnehmer zur Deckung sämtlicher Haftpflichtrisiken vor der Inanspruchnahme der Erlaubnis den Abschluß einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachweist und diese Versicherung für die Dauer der Sondernutzung aufrecht erhält. Auf Verlangen sind Versicherungsschein und Prämienquittungen vorzulegen.

(4) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

## **§ 9**

### **Sicherheitsleistungen**

(1) Die Gemeinde kann von dem Erlaubnisnehmern eine Sicherheitsleistung verlangen, wenn Beschädigungen an der Straße oder Straßeneinrichtungen durch die Sondernutzung zu befürchten sind. Die Höhe der Sicherheitsleistungen wird nach den Umständen des Einzelfalles bemessen.

(2) Entstehen der Gemeinde durch die Sondernutzung Kosten zur Instandsetzung der Straße oder der Straßeneinrichtungen, so können diese von der Sicherheitsleistung beglichen werden.

(3) Werden nach Beendigung der Sondernutzung keine auf die Sondernutzung zurückzuführenden Beschädigungen an der Straße oder den Straßeneinrichtungen festgestellt, wird die Sicherheitsleistung ohne Abzug zurückgezahlt.

## **§ 10**

### **Ausnahmen**

(1) Ausgenommen von den Vorschriften dieser Satzung bleiben

a) Nutzungen nach Bürgerlichem Recht gemäß § 23 Thüringer Straßengesetz,

b) Nutzungen, die vor Inkrafttreten dieser Satzung durch Vertrag vereinbart worden sind.

(2) Ist für die Benutzung einer öffentlichen Straße die Erlaubnis durch die Straßenverkehrsbehörde nach den §§ 29, 35 Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung erteilt worden, so bedarf es keiner Erlaubnis nach § 2 dieser Satzung.

(3) Die Gemeinde kann weitere Ausnahmen zulassen.



## § 11 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) entgegen § 2 eine Straße ohne die erforderlich Erlaubnis benutzt,
- b) den nach § 3 erteilten Auflagen und Bedingungen nicht nachkommt
- c) entgegen § 6 den früheren Zustand nicht ordnungsgemäß wiederherstellt,
- d) die Sorgfaltspflichten i.S.d. § 7 nicht erfüllt, insbesondere die Anlagen nicht nach den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik errichtet oder erhält

(2) Gemäß § 50 des Thüringer Straßengesetzes sowie § 19 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO vom 16.08.1993 GVBl.S.501) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl.I S.602) geändert durch Gesetz vom 17.5.1988 (BGBl.I S.606) vom 30.08.1990 (BGBl.I S.1835) kann jeder Fall der Zuwiderhandlung mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 DM geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 OWIG ist die VG „An der Schmücke“ Heldrungen.

## § 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Oberheldrungen, den 07.12.1995



*Reinhard Klimek*  
Reinhard Klimek  
Bürgermeister

Die Satzung wurde von der Aufsichtsbehörde am 04.12.95 Aktenzeichen I.2/052-spbestätigt.

Die Satzung wurde ortsüblich bekanntgemacht am 18.01.1996



**Gebührenverzeichnis**  
zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen  
(Sondernutzungssatzung) der Gemeinde Oberheldrungen

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Art der Sondernutzung</b>	<b>Gebühr</b>	<b>pro Zeiteinheit</b>
<b><u>A: Anbieten von Waren und Leistungen</u></b>			
A 1	Verkaufseinrichtungen, Warenauslagen usw., die im Zusammenhang mit Verkaufsstellen vorübergehend aufgestellt werden / je qm Verkehrsfläche	0,10 DM	Tag
A 2	Tische und Stühle, die im Zusammenhang mit Gaststätten, Cafebetrieben usw. vorübergehend aufgestellt werden/je m <sup>2</sup> Verkehrsfläche ( 1 Stuhl = 1 m <sup>2</sup> )	0,20 DM	Tag
A 3	Verkaufseinrichtungen, die nicht im Zusammenhang mit Verkaufsstellen, Gaststätten, Cafebetrieben usw. vorübergehend (tage-, stundenweise) aufgestellt werden a) Verkaufs-, Imbißstände, Verkaufswagen usw. je Stand ( bis 5 m <sup>2</sup> ) je Stand (über 5 m <sup>2</sup> )	10,00 DM 15,00 DM	Tag Tag
	b) Tische, Stühle und Warenauslagen je m <sup>2</sup>	3,00 DM	Tag
A 4	ortsfeste Verkaufseinrichtungen (Verkaufs-Imbißstände, Verkaufswagen, Kioske usw.) Warenauslagen, Vitrinen usw., die auf Dauer bzw. für einen längeren Zeitraum installiert werden je m <sup>2</sup> Verkaufsfläche	6,00 DM	Monat
A 5	Verkauf von Weihnachtsbäumen je Stand, soweit nicht in Marktordnung geregelt	10,00 DM	Tag
A 6	Warenautomaten und Schaukästen an Wänden soweit sie mehr als 30 cm in den Straßenraum hineinragen	30,00 DM	Jahr
A 7	Verteilen von gewerblichen Handzetteln, Flugblättern u.ä. je Person	5,00 DM	Tag



## **B: Anlagen, Errichtung und Lagerung**

B 1	Baustelleneinrichtungen		
	a) Baubuden, Bauzäune, Aufstellen von Baumaschinen,	mindestens	
	Baugeräten, Arbeitswagen	10,00 DM	Woche
	je m <sup>2</sup> Verkehrsfläche	1,00 DM	Woche
	b) Baustofflagerung usw.	mindestens	
	je m <sup>2</sup> Verkehrsfläche	10,00 DM	Woche
	c) Aufstellung eines Gerüsts lfd.Meter	3,00 DM	Woche
B 2	kurzfristige Lagerung von Gegenständen und Materialien aller Art, die mehr als 24 Stunden andauert und nicht unter Nr. C 1 fällt / je m <sup>2</sup> Verkehrsfläche	mindestens 1,00 DM 10,00 DM	Woche
B 3	Licht-, Luft-, Einwurf- und sonstige Schächte - je angefangenen m <sup>2</sup> beanspruchter Verkehrsfläche	20,00 DM	Woche
B 4	a) Transparente, Fahnenmasten, Hinweisschilder, sonst. Werbeträger - soweit nicht erlaubnisfrei - je Stück	10,00 - 100,00 <sup>2</sup>	Jahr
	b) Die Höchstzahl der unter 4a) benannten Werbeträger wird, außer den an der Stätte der Leistung angebrachten, auf max. 1 Stück an den unter § 1 genannten Straßen, Wegen und Plätzen festgelegt		
B 5	Tribünen je m <sup>2</sup> Verkehrsfläche	0,50 DM	Tag
B 6	Leistungen aller Art soweit sie nicht Zwecken der öffentlichen Versorgung (Gas, Wasser, Elektrizität, Fernwärme) dienen,		
	a) die nur vorübergehend verlegt werden, für die länger als 1 Monat dauernde Inanspruchnahme je Monat und angefangene 100m Länge	10,00 DM	Monat
	b) die auf Dauer verlegt werden, jährlich je angefangene 100 m Länge	50,00 DM	Jahr





### C: Sonstige Sondernutzungen

C 1	Wohnwagen, Omnibusse, Lastfahrzeuge und sonstige nicht der Personenbeförderung dienende Fahrzeuge mit über 1,0 t Gesamtgewicht, die länger als 24 Stunden abgestellt werden, je angefangenen m <sup>2</sup> beanspruchter Verkehrsfläche, es sei denn, daß das Abstellen auf eigens hierfür zugelassenen Plätzen erfolgt	20,00 DM	Woche
C 2	Andere, als in A 6 erfaßte Werbeanlagen innerhalb einer Höhe von 2,50 m die entweder mit baulichen Anlagen verbunden sind oder vorübergehend an der Stätte der Leistung angebracht oder aufgestellt werden	8,00 DM	Je Stück und Jahr
C 3	Aufgrabungen		
	a) mit einer Baugrubenbreite bis zu 1 m pro lfd. Meter	1,00 DM	Tag
	b) mit einer Baugrubenbreite über 1 m pro lfd. Meter	1,50 DM	Tag
C 4	übermäßige Benutzung einer öffentlichen Straße im Sinne des § 29 StVO bedürfen außerdem der Erlaubnis der Polizei		
	a) gewerblichen Zwecken dienende Veranstaltungen, für die öffentliche Straßen mehr als verkehrsüblich in Anspruch genommen werden	50,00 DM	Tag
	b) Betrieb von Lautsprechern für gewerbliche Zwecke, die sich auf öffentliche Straßen auswirken	50,00 DM	Tag

Für Sondernutzungen, die in diesem Verzeichnis nicht aufgeführt sind, wird eine Gebühr nach § 10, Absatz 3 der Satzung erhoben.

Kopie om 1.04.96 om OA